

1.-Mai-Aktion

Prozess gegen Fırat Anlı

Am 20. Februar ist gegen den Co-Bürgermeister von Amed/Diyarbakır Fırat Anlı und 51 Mitangeklagte der Prozess eröffnet worden. Weil er sich öffentlich für mehr Gemeindeautonomie ausgesprochen hatte, ist er des Separatismus angeklagt und im Zusammenhang mit dem Bau einer Trinkwasserversorgung der Unterstützung einer terroristischen Organisation. Ihm drohen jahrzehntelange Haftstrafen.

Auf Einladung des Brückenschlags, weilte Fırat Anlı und die ebenfalls verhaftete und angeklagte Co-Bürgermeisterin Gültan Kışanak – ihr Prozess steht noch aus – anfangs Oktober 2016 zu einem Austausch mit Stadtpräsidentin Mauch und verschiedenen Verwaltungsstellen in Zürich. Zehn Tage nach ihrer Rückkehr sind die beiden verhaftet und Diyarbakır unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Eine Delegation vom «Brückenschlag Zürich <-> Amed/Diyarbakır» (darunter der SOLIFONDS) war deshalb am ersten Prozesstag gegen Fırat Anlı anwesend.

Was die Delegation zu sehen bekam, war eine Justizfarce. Der Hauptangeklagte durfte nicht persönlich anwesend sein und wurde nur per Video zugeschaltet. Da die Leitung mehrfach zusammenbrach, konnte er der Verhandlung nur in Bruchstücken folgen. Wegen Erkrankung des eigentlich vorgesehenen, wurde der vorsitzende Richter erst am Prozesstag bestimmt. Richter und Staatsanwalt waren während des gesamten Prozesstages mehr mit ihren Handys oder mit Plaudern untereinander beschäftigt, als mit dem Prozess. Es entstand der Eindruck, dass die Urteile in diesem Prozess bereits gefällt sind.

Medienmitteilung auf: solifonds.ch

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7

Linke, pro-kurdische Gewerkschaften zählen auf unsere Solidarität Angst und Unsicherheit werden den Widerstand in der Türkei nicht brechen



«Stopp der Hexenjagd!» Protestierende LehrerInnen vor dem Erziehungsministerium. Foto: Eğitim Sen

Es brauchte mehrere Versuche, bis das Gespräch mit, nennen wir ihn, Ahmed zustande kam. Vor einem halben Jahr wurde Ahmed als Lehrer und Schulleiter suspendiert, ein Strafverfahren gegen ihn ist hängig und trotzdem ist er weiterhin in der LehrerInnengewerkschaft Eğitim Sen aktiv. Er ist vorsichtig, denn die Lage in der Türkei und speziell in Nordkurdistan, wo er lebt, ist von Repression und Willkür geprägt.

Wie viele seiner KollegInnen hatte Ahmed an friedlichen Demonstrationen teilgenommen. Eine richtete sich gegen das Attentat vom Sommer 2015 in Suruç, bei dem 33 junge Menschen getötet worden waren. Sie wollten sich mit den Menschen im umkämpften Kobanê solidarisch zeigen. Eine andere forderte Frieden in Nordkurdistan, nachdem das türkische Militär 2015 begann, wieder mit Gewalt im Gebiet zu operieren.

Es hat Ahmed nicht überrascht, dass nach dem Putschversuch 2016 die Unterdrückung der linken, pro-kurdischen Gewerkschaften wie Eğitim Sen nochmals zugenommen hat. Nochmals, weil die Repression schon vorher gross war: KollegInnen wurden versetzt oder verhaftet. Er selbst erhielt von seinen Vorgesetzten so schlechte Qualifikationen, dass er nach neun Jahren seine Stelle als Schulleiter verlor. Den wahren Grund sieht Ahmed in seiner Gewerkschaftstätigkeit. Präsident Erdoğan habe die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten als Eckpfeiler der Solidarität zwischen der Linken und den Kurden bezeichnet. Damit ist Eğitim Sen, wie alle andern linken und pro-kurdischen Gewerkschaften, zu einer doppelten Zielscheibe geworden.

Zehntausende meiner Kolleginnen und Kollegen sind wie ich suspendiert, fährt Ahmed fort. Strafverfahren gegen sie sind eröffnet worden oder können jederzeit noch erfolgen. Letztlich ist die Entlassung aller Suspendierten praktisch bereits besiegelt. Angst und Unsicherheit sollen jeden Widerstand brechen. Die linken Gewerkschaften befinden sich darob zusammen mit den prokurdischen Kräften in einer extrem schwierigen Phase, ist Ahmed überzeugt. Doch der Widerstand wird weitergehen und hoffentlich können wir dabei auf grosse Solidarität von euch zählen, schliesst Ahmed.

Kindergarten Zarokistan wird weiterleben!

Ein kurzes SMS machte Yara tief traurig und gleichzeitig wütend. Eben hatte sie, erfahren, dass alle dreissig Angestellten von Zarokistan, der Kindertagesstätte in Diyarbakir, die sie mit aufgebaut hatte, entlassen worden sind. Zarokistan wurde im September 2015 von der Stadtverwaltung eröffnet. In den Wahlen zuvor hatten die fortschrittlichen Kräfte des HDP-Bündnisses gesiegt, die für Frieden und Autonomie in der kurdischen Region eintreten. Projekte wie die Kindertagesstätte gehörten zu ihrem Wahlprogramm. Zarokistan umfasste zehn Klassenzimmer, Räumlichkeiten für Sport, Theater, Ateliers, einen Esssaal und einen Garten. Der wichtigste Punkt: Die Kinder wurden in einer der beiden kurdischen Sprachen – Zazaki oder Kurmancî – unterrichtet. Mit einer offenen und spielerischen Pädagogik, wurden den Kindern Probleme aus Kultur und Alltag näher gebracht: Umwelt, Geschlechtergleichheit, demokratisches Verhalten.

193 Kinder besuchten zuletzt Zarokistan. Darunter 60 aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen, die für den Besuch nichts bezahlen mussten. Das Miteinanderleben über wirtschaftliche und soziale Gräben hinweg stand in Zarokistan im Zentrum.

Das SMS schien den Traum von Zarokistan zu zerstören: Neue der regierenden AKP genehme Lehrkräfte führen jetzt die Kindertagesstätte, standardisiert und in türkischer Sprache. Sie wurden eingesetzt vom Zwangsverwalter, der Diyarbakir seit der Absetzung und Inhaftierung der beiden gewählten Co-BürgermeisterInnen im Oktober beherrscht.

Aber Zarokistan lebt weiter! 170 Familien haben sich zusammengeschlossen und bereits neue Räume gefunden, kleinere zwar, doch wichtig ist, dass Zarokistan weiterlebt. Ein schwieriges Unterfangen, wozu die Familien auf unsere Solidarität zählen!



Kindergartenszene.

Foto: Zarokistan



Tränengas gegen protestierende GewerkschafterInnen der öffentlichen Dienste. Foto: Reuters/Stringer

Türkischer Staat führt Krieg gegen widerständige Staatsangestellte

Die türkische Gewerkschaft des Bildungsbereichs Eğitim Sen hat kürzlich neue Zahlen zur Suspendierungs- und Entlassungswelle in der Türkei veröffentlicht: Seit dem Putschversuch im Sommer 2016 sind 105'000 Staatsangestellte insbesondere auch linke, prokurdische GewerkschafterInnen entlassen oder von der Arbeit suspendiert worden; rund ein Drittel davon Lehrerinnen und Lehrer. Ohne Vorankündigung erfahren sie von ihrer Suspendierung oder Entlassung nicht etwa persönlich sondern durch Listen, die von der türkischen Regierung im Internet veröffentlicht werden. Unter dem herrschenden Ausnahmezustand gibt es keine Möglichkeit, dagegen vorzugehen.

Die Entlassungen bedeuten für die betroffenen LehrerInnen faktisch ein Berufsverbot. In den staatlichen Schulen können sie nicht mehr arbeiten. Auch Privatschulen werden vor der Einstellung entlassener Lehrkräfte gewarnt. Die Lehrerinnen und Lehrer verlieren nicht nur ihre Arbeit, sondern auch ihre Krankenversicherung und Pensionsansprüche und dürfen die Türkei nicht verlassen.

Entlassen wurden auch rund 1'500 Mitglieder der Eğitim Sen, darunter 16 Vorsitzende und 103 Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft auf nationaler und regionaler Ebene. Rund 10'000 sind suspendiert. Ein Verbot der Gewerkschaft steht zur Zeit nicht zur Debatte. Der türkische Staat setzt offensichtlich darauf, die Gewerkschaftsführung und die Mitglieder einzuschüchtern und zu demoralisieren.

Eğitim Sen und die kurdische Frage

Für die Eğitim Sen/Diyarbakir stehen die Angriffe auf ihre Gewerkschaft sowie jene der Angestellten im öffentlichen Dienst generell und die Unterdrückung der Gewerkschaftsmitglieder in enger Beziehung zur ungelösten kurdischen Frage. Rund 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind kurdischer Herkunft und haben in den kurdischen Gebieten gearbeitet. Selbstverständlich sind die pro-kurdischen Gewerkschaften ab Sommer 2015, als die kurze Zeit der Öffnung und Verhandlungen zwischen türkischer Regierung und den KurdInnen durch das militärische Vorgehen der Türkei abrupt beendet wurde, auf die Strasse gegangen und haben für die Rechte der kurdischen Bevölkerung demonstriert. Dafür werden sie jetzt der Unterstützung und Mitgliedschaft in terroristischen Organisationen angeklagt.

«Die linken LehrerInnen,» schreibt Eğitim Sen, «die sich für demokratische und säkulare Standards im Bildungsbereich eingesetzt haben, sind der Regierung ein Dorn im Auge. Sie stören die Regierung, wenn sie sich gegen die Gewalt an Frauen wenden, Kinderheiraten oder Missbrauch von Kindern denunzieren. Die Regierung will nichts von ihrem Kampf gegen eine zunehmend von Analphabetismus dafür aber umso mehr durch die Religion geprägte Gesellschaft wissen. Der Hauptgrund aber, weshalb uns die Regie-

...ung ausschalten will, ist unsere Forderung nach einer auf Kurdisch, unserer Muttersprache, basierenden Bildung.»

Staatliches Gewerkschaftsmonopol?

Als Folge der Entlassungswelle sind über 30'000 regierungstreue Neu-LehrerInnen eingestellt worden. Ohne wenn und aber lehren sie die vorgegebenen nationalistisch-religiösen Bildungsinhalte, in der einen Sprache: Türkisch. Wer eine Lehrstelle bekommen will, muss eine Prüfung bestehen: Bisher zu pädagogischen und Sachthemen, seit dem Putsch werden die KandidatInnen etwa nach ihrer Meinung zum Präsidentsystem oder zum Putsch gefragt, sie sollen 'Rais' definieren oder Terrororganisationen aufzählen.

Ihre Gewerkschaft ist die Memur-Sen, die voll hinter der Politik von Präsident Erdoğan steht. Selbst Eğitim Sen-Mitglieder sehen sich heute gezwungen Memur-Sen beizutreten, wenn sie eine Arbeitsstelle erhalten wollen. Aktive Eğitim Sen-Mitglieder haben keine Chance eine neue Arbeit zu bekommen. Langsam wird so den kritischen Gewerkschaften nicht nur im Bildungsbereich der Atem abgestellt. Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung wird liquidiert, ohne dass es nötig ist, sie zu verbieten.

Widerstand lebt weiterhin – zeigen wir uns solidarisch

Innerhalb der linken und pro-kurdischen Kräfte in der Türkei gibt es einen beeindruckenden Willen, nicht aufzugeben. In diesem Bulletin sind Beispiele von Widerstand aufgeführt: der kurdische Kindergarten, die «Solidarische Akademie». Letztlich aber auch die GewerkschafterInnen, die sich der Regierungspolitik entgegenstellen. Wir können unsere Solidarität zeigen, indem wir die KollegInnen unterstützen. Wir müssen hinschauen und uns zu Wort melden. Und wir können Präsenz markieren, beispielsweise an Gerichtsprozessen gegen Menschen, die wegen ihres gewerkschaftlichen oder politischen Engagements mit schwerwiegenden Anklagen konfrontiert und von drakonischen Strafen bedroht sind.



Lautstarke Protestaktion

Foto: Eğitim Sen

Gewerkschaft = Kriminelle Vereinigung

Diese Folgerung jedenfalls muss man nach dem Urteil eines Appellationsgerichts in der Türkei ziehen. Dieses hat im März das Urteil gegen 14 TÜMTİS-Gewerkschafter bestätigt. 2012 waren sie von der Vorinstanz zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Ihr Verbrechen? 2007 hatten sie in einem Logistikunternehmen in Ankara eine Betriebsgewerkschaft gegründet. Hierauf klagte das Unternehmen gegen die Gewerkschafter und das Gericht befand sie schuldig, «eine kriminelle Organisation gegründet zu haben.» Ausserdem bezichtigte das Gericht sie der «Nötigung und damit der Verletzung des Rechts auf friedvolles Arbeiten und der Gewerkschaftsrechte.» Ihr einziges Ziel sei es gewesen, finanzielle Vorteile zu erreichen.

Der Präsident von TÜMTİS hielt dem entgegen, dass «diese Urteile Teil einer Einschüchterungsstrategie gegenüber unserer Gewerkschaft, ja ganz allgemein den Gewerkschaften und den ArbeiterInnen gegenüber ist.» Er zeigt sich aber entschlossen, den Kampf weiterzuführen. Es gehe um Gewerkschaftsfreiheit und den Schutz der Arbeitsrechte. Nicht nur die linken Gewerkschaften der öffentlichen Dienste stehen unter Druck, sondern genauso jene des Privatsektors.

Danke für Ihre Solidarität mit den linken, pro-kurdischen Gewerkschaften in der Türkei !

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta

⊕ Einzahlung Giro ⊕

⊕ Versement Virement ⊕

⊕ Versamento Girata ⊕

Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

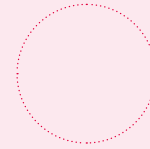
Einzahlung für / Versement pour / Versamento per

Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento

SOLIFONDS
Fonds de solidarité pour
la libération sociale dans le
tiers monde, Neuchâtel
Zürich

SOLIFONDS
Fonds de solidarité pour
la libération sociale dans le
tiers monde, Neuchâtel
Zürich

1. Mai – Gewerkschaften Türkei
 Bitte schickt mir mehr Infos zum SOLIFONDS
.....



CH52 0900 0000 8000 7761 7

CH52 0900 0000 8000 7761 7

Konto / Compte / Conto **80-7761-7**
CHF

Konto / Compte / Conto **80-7761-7**
CHF

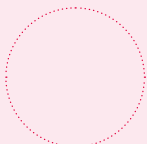
Einbezahlt von / Versé par / Versato da

□ □ □ □ □ □ □ □ . □ □ □

□ □ □ □ □ □ □ □ . □ □ □

Einbezahlt von / Versé par / Versato da

.....
.....
.....
.....



Die Annahmestelle
L'office de dépôt
L'ufficio d'accettazione

800077617>

800077617>

Solidarische Akademie in der Türkei Wissenschaft gehorcht nicht!



Plakate der Vorlesungen im öffentlichen Raum der Solidarischen Akademie.

«Wissenschaft benötigt keine geschlossenen Türen oder Wände – Wissenschaft gehorcht nicht!» Unter diesem Leitsatz finden derzeit in verschiedenen Städten der Türkei Vorlesungen in Parks, auf der Strasse, auf Plätzen oder vor Gefängnissen statt. Sie sind Teil der Kampagne «Solidarische Akademie / Akademie ohne Campus».

Die Kampagne ist die Antwort auf die Repression, die vom türkischen Staat gegen AkademikerInnen, StudentInnen und Universitäten ausgeübt wird, die am Aufruf der «AkademikerInnen für Frieden» beteiligt waren oder ihn unterschrieben hatten. Präsident Erdoğan bezichtigte sie deshalb des Landesverrats und hielt die Universitäten an, Massnahmen gegen die Unterzeichnenden zu ergreifen. Diese wurden in der Folge suspendiert oder entlassen, teilweise gar verhaftet, einige Universitäten wurden geschlossen.

Davon liessen sich die entlassenen AkademikerInnen jedoch nicht beeindrucken und verlegten ihre Vorlesungen kurzerhand in den öffentlichen Raum, wo sie fortan, in der Regel einmal wöchentlich, über gesellschaftspolitische Themen wie zum Beispiel «Feministische Politik», «Krieg, Immigration und Ökologie» oder «Hegemonie und Gegen-Hegemonie» referieren. Neben der Wissensvermittlung bezwecken sie, mit den Vorlesungen das Schweigen über die anhaltende Repression zu brechen und – trotz des zunehmend autoritären Regimes – Räume für kritisches Denken zu schaffen.

Derzeit gibt es zehn Solidarische Akademien in sechs türkischen Städten. Durch einen gemeinsamen Workshop wollen sie die Vernetzung und den Austausch der verschiedenen Akademien vertiefen und gemeinsame Zukunftsstrategien erarbeiten. Angedacht ist beispielsweise auch Publikationen innerhalb des Netzwerkes der Solidarischen Akademien zu realisieren.

«Wir sind nicht Teil dieses Verbrechens»

Im Januar 2016 veröffentlichte die türkische Initiative «AkademikerInnen für Frieden» eine Petition mit dem Titel «Wir sind nicht Teil dieses Verbrechens». Im Aufruf forderten sie Frieden in Nordkurdisten, die Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit den kurdischen Autoritäten sowie ein Ende der Menschenrechtsverletzungen. Er wurde von 1128 AkademikerInnen unterzeichnet.

GewerkschafterInnen in Bangladesch freigelassen

Im Dezember 2016 streikten zehntausende TextilarbeiterInnen in Bangladesch für höhere Löhne. Die Regierung liess in der Folge 35 GewerkschafterInnen verhaften und Gewerkschaftsbüros schliessen, die Textilunternehmer setzten viele ArbeiterInnen vor die Tür.

Nach einer breiten, internationalen Protestkampagne wurde Ende Februar ein tripartites Abkommen zwischen Gewerkschaften, dem Arbeitsministerium und dem Verband der Textilunternehmer unterzeichnet: die Verhafteten wurden freigelassen, die Büros der registrierten Gewerkschaften sollen wieder geöffnet und alle entlassenen ArbeiterInnen wieder eingestellt werden. Das Abkommen enthält jedoch keine verbindliche Verpflichtung, dass den ArbeiterInnen der Lohnausfall kompensiert wird oder dass Klagen gegen ArbeiterInnen und GewerkschafterInnen, die im Kontext des Streiks erhoben wurden, fallen gelassen werden.

Von Regierungsseite bestehen ausserdem konkrete Absichten nicht-registrierte Gewerkschaften zu verbieten. Gerade klar links positionierte Gewerkschaften, die eine wichtige Rolle für die ArbeiterInnenbewegung spielen, haben kaum eine Chance eine Registrierung zu erhalten. Zur Repression, die nach wie vor gross ist, kommt so die Spaltung der ArbeiterInnenbewegung hinzu.

Der Solifonds solidarisiert sich mit dem Arbeitskampf in Bangladesch und wird die Entwicklung in Bangladesch weiter mitverfolgen.

Impressum: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen von: Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB, SP Schweiz, Solidar/SAH und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, Public Eye, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.
Redaktion: Urs Sekinger, Sandra Julius
Druck: printoset, Zürich